



CDU

LANDTAGSFRAKTION
BADEN-WÜRTTEMBERG

FREIHEIT, VIELFALT, WIRTSCHAFTSKRAFT - LEITFADEN FÜR EINE AKTIVE MEDIENPOLITIK

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN – Mut zu einer aktiven Medienpolitik

Politischer Diskurs und Zugang zu freien und unabhängig recherchierten Informationen sind die Basis für eine lebendige und widerstandsfähige Demokratie. Lügen, Hetze, Verleumdung und Missachtung gesetzlicher und gesellschaftlicher Normen gefährden den Boden, auf dem eine pluralistische und offene Gesellschaft gedeiht. Die vom Grundgesetz garantierte Meinungs- und Pressefreiheit hat im öffentlichen Raum dort ihre Grenzen, wo unter dem Deckmantel der Freiheit verfassungswidrige Parolen skandiert und menschenverachtendes Verhalten an den Tag gelegt wird. Selbiges gilt für die Verletzung von Eigentumsrechten, Verstöße gegen den Datenschutz oder das Urheberrecht sowie für andere Delikte, die im realen Leben tabu sind und geahndet werden, im Internet aber leider zum Alltag gehören.

Den gesellschaftlichen Konsens gegenseitiger Achtung, auf dem Verfassung und Gesetze beruhen, müssen wir Stück für Stück von der realen in die digitale Welt übertragen. Der Jugendschutz, Programme wie das Kindermedienland oder der Einstieg in die Medien- und Informatikbildung an Schulen sind wichtige Schritte, die wir ausdrücklich unterstützen. Prävention alleine wird aber nicht reichen: Die Politik darf sich nicht scheuen, eindeutige Regeln für den Umgang miteinander in der virtuellen Welt zu schaffen und durchzusetzen. Dies ist eine Aufgabe aller politischer Ebenen.

MEDIENVIELFALT ERHALTEN – Digitalisierung aktiv gestalten

Die Digitalisierung stellt die Medienbranche vor große, immer noch wachsende Herausforderungen. Chancen für innovative, meist junge Unternehmen stehen Risiken für die etablierten Unternehmen gegenüber. Weil es hier nicht nur um Wirtschaftsinteressen

geht, sondern auch um den Erhalt einer vielfältigen Medienlandschaft, muss die Politik diesen Wandel aktiv mitgestalten.

Am Prinzip und an der Finanzierungsform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks halten wir unumwunden fest. Private Fernseh- und Radioangebote sowie neu hinzukommende Kanäle im Internet leisten aber ebenfalls einen wertvollen Beitrag zur Medienvielfalt in unserem Land und damit zu unserer pluralistischen Gesellschaft. Auch diese verdienen deshalb unsere volle Aufmerksamkeit. Eine finanzielle und technische Förderung privater lokaler und regionaler Fernseh- und Radioangebote ist aufgrund der Kostenstrukturen und des rasanten technischen Wandels in diesem Segment angezeigt und notwendig.

MEDIENBRANCHE STÄRKEN – Masterplan Medien BW und Medienhaus BW

Medienpolitik ist zu einem großen Teil auch Wirtschaftspolitik. Die öffentlich-rechtlichen Senderstrukturen sind dank der großen Akzeptanz und der auskömmlichen Finanzierung nicht gefährdet. Der SWR ist mit seinen Standorten und Formaten der mit Abstand wichtigste Player im Markt. Die Kreativwirtschaft, zu der neben klassischen Print- und Onlinemedien, Agenturen, Designern, Fotografen und Künstlern auch die Musikwirtschaft, die Filmwirtschaft, die Animationsbranche oder die Games-Branche gehören, wird bereits an vielen Stellen auf unterschiedlichste Arten gefördert. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen und – wo möglich – auszubauen. Was fehlt, ist eine stärkere Interessenvertretung der Kreativwirtschaft in staatlichen und öffentlich-rechtlichen Strukturen sowie – ganz allgemein – ein Begreifen der Kreativbranche als eines der Wirtschaftsfelder der Zukunft.

So muss es landespolitisches Ziel sein, die künstlerische Bedeutung des Films sowie der Kreativwirtschaft an sich um eine starke wirtschaftspolitische Komponente der o.g. Felder zu ergänzen. Die Strukturen in der Filmbranche sollten so ausgestaltet sein, dass sich die Produktionen und Dienstleistungen grundsätzlich selbst tragen oder zumindest langfristig dieses Ziel verfolgen. Stärker noch als bisher soll sich eine unabhängige Produzentenlandschaft in Baden-Württemberg etablieren können, die für internationale Projekte offen und konkurrenzfähig sowie auch für öffentliche wie private Sender und Videoplattformen interessant ist. Die Konsequenzen aus einer dringend notwendigen Evaluation der Filmkonzeption II sowie aus einer Überprüfung der Beteiligungs- und Förderstrukturen bei der MFG sollten bereits im Doppelhaushalt 2020/2021 mit festen

Summen hinterlegt sein. Die entsprechenden Änderungen im Landesmediengesetz müssen bis Ende 2019 umgesetzt sein.

Zudem fordern wir das Land und die Branche zur Bildung eines echten – virtuellen wie räumlich beheimateten – Medienhauses BW auf, in dem sich Kreative und Vermarkter, Absolventen und Arbeitgeber, Künstler, Musiker und Filmemacher, Gamer, IT- und Animationsspezialisten usw. begegnen können. Diese dynamische Branche lebt wie kaum eine zweite vom Ideenaustausch und vom Wissenstransfer. Am Ende braucht auch Virtualität ein Haus, sonst ist sie langfristig ohne Heimat. Das Medienhaus BW sollte daher unabdingbarer Bestandteil eines zeitnah aufzustellenden sektorenübergreifenden Masterplans Medien BW sein. Dieses muss auch eine kritische Auseinandersetzung mit den im Land zur Verfügung stehenden Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten sein.

IN MEDIENZUKUNFT INVESTIEREN – LfK und MFG stärken

- Die Landesanstalt für Kommunikation (LfK) muss ihren in jüngster Zeit spürbar gestiegenen Aufgaben sachlich und personell stärker nachkommen können. Dies setzt eine auskömmliche Finanzierung voraus.
- Insbesondere soll die LfK sowohl durch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage hierfür wie auch durch entsprechenden Mittelzufluss in die Lage versetzt werden, ergänzend zu technischen Investitionen insbesondere im Bereich des Digitalradios DAB+ private Fernsehveranstalter auch mit der Veranstaltung qualitätsvoller Informationsprogramme (public service) betrauen zu können.
- Die bisherigen Finanzierungsmodalitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (KEF-Verfahren) haben sich bewährt. Bestrebungen zu einer Indexierung des Beitrags, die das KEF-Verfahren schwächen oder außer Kraft setzen, lehnen wir ab. Diskussionen über die künftige Form der Beitragsfestlegung stehen wir grundsätzlich offen gegenüber.
- Bestehende Film- und Kulturkonzeptionen des Landes inklusive geltender Förderstrukturen müssen rasch evaluiert und noch in dieser Legislaturperiode im Sinne einer echten Kultur- und Wirtschaftsförderung überarbeitet werden.

- Diese Konzeptionen sind Teil eines zu erarbeitenden Masterplans Medien BW, auf dessen Grundlage weitreichende Entscheidungen für den Medienbereich im Land gefällt werden sollen.
- Zur langfristigen Gründung eines Medienhauses BW fordern wir das Land auf, in Gespräche mit Kommunen, Hochschulen, Branchen- und weiteren Interessenvertretern einzusteigen.
- Die LfK soll ...
 - ...ihrer obersten Aufgabe als Aufsichtsbehörde über private Rundfunkveranstalter und Telemedienanbieter in Baden-Württemberg verstärkt nachkommen können. Dies lässt sich nur durch einen Mittelaufwuchs bewerkstelligen.
 - ...weitere Medienbildungsprogramme (u.a. Kindermedienland, aber auch Angebote für Erwachsene und Senioren) auflegen können, um die Medienkompetenz (Fakt vs. Fake) insgesamt zu stärken.
 - ...ihrer Aufgabe der Förderung der digitalen Infrastruktur im Radiobereich deutlich besser als heute nachkommen können. Ihr obliegen die finanzielle Unterstützung des Ausbaus von DAB+, die Verhandlung der Öffnung der Multiplexe des SWR für private Radiostationen sowie andere technische Investitionen im digitalen Zeitalter. Um die Regionen Baden-Württembergs besser abbilden zu können, schlagen wir zudem vier statt bislang zwei regionale Multiplexe vor, die sich SWR und private Anbieter teilen.
 - ...im Bereich des privaten Regionalfernsehens die technische Förderung durch eine qualitative Komponente erweitern können, die zu noch mehr Regionalität und Professionalität bei Nachrichtenangeboten privater Fernsehanbieter führen soll. Hierzu fordern wir die Schaffung einer Betrauungsnorm im Landesmediengesetz nach bayerischem Vorbild.

- Die **MFG BW** soll ...
 - ...angesichts einer sich wandelnden Medienwelt flexibel auf neue Fördermöglichkeiten und -bereiche reagieren können.
 - ...durch ihr über das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau im Bereich Digitalisierung zufließende Fördermittel verstärkt Impulse für die VFX- und Gaming-Branche in Baden-Württemberg geben.
 - ...mit den Ministerien für Wissenschaft und Kunst sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau an der Seite verstärkt die wirtschaftlichen Aspekte der Filmförderung (BW-Faktor) in den Blick nehmen.
 - ...in einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Hochschulen des Landes und anderen Institutionen im Land zu einer Brücke für junge Filmschaffende werden, über die sich langfristig Erwerbsbiografien im Medienland Baden-Württemberg aufbauen lassen.
 - ...mit ihrer Expertise stärker in die politischen Entscheidungsprozesse im Bereich Medien und Digitalisierung eingebunden werden.